

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 11

Artikel: Die Stadt-Land-Initiative steht kurz vor der Abstimmung : der (Geld-)Schein bestimmt das Bewusstsein
Autor: Kaufmann, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der (Geld-)Schein bestimmt das Bewusstsein

Von Michael Kaufmann

«Die Revolution zum Funktionseigentum hat also – würde der Initiative zugestimmt – einen viel rascheren Erfolg als die meisten anderen Revolutionen der Menschheitsgeschichte.» (Peter Clavadetscher 1988)

«Der Sozialismus ist eine irreversible Abirrung vom marktwirtschaftlichen Weg», so wettert der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV), Peter Clavadetscher, in seinen Referaten gegen die Stadt-Land-Initiative. Ein Satz, der in jedem Fall typisch ist. Typisch für die Ideologie, die hinter der massiven Gegnerschaft zur Stadt-Land-Initiative steht. Denn erstens verhindert der Satz durch seine Emotionalität die sachliche Auseinandersetzung mit dem Initiativtext, und zweitens verschleiert die hergestellte Polarität «Sozialismus–Marktwirtschaft» die Problematik der Marktwirtschaft, ihre Mängel und Unzulänglichkeiten vor allem, soweit sie das Gut «Boden» betreffen.

Ideologie ist immer gut. Gut genug, um von Sachdiskussionen abzulenken, gut genug, um das Bewusstsein der Bevölkerung von der Möglichkeit der Reform abzubringen. Einer Reform innerhalb der Demokratie notabene, angestrebt mit klassischen Mitteln der Mitbeteiligung aller Bevölkerungsschichten.

Der ideologische Holzhammer des organisierten Bürgertums hat sich immer bewährt. Mit Angstmacherpropaganda und vielen Millionen an Werbegel-

dern lässt sich heute eine Abstimmung gewinnen. Die Spitzenverbände von Industrie und Gewerbe, zumeist auch gestützt vom klassischen «Bündnispartner», dem Bauernverband, kennen den Töff und haben den Untergang der Schweiz schon dutzendfach heraufbeschworen. Was Otto Fischer, graue Eminenz von Gewerbe und Rechtsbürgertum, heute der Stadt-Land-Initiative anlastet («Die Stadt-Land-Initiative ist nicht nur ein frontaler Vorstoss zur Umkrempelung unserer Wirtschafts- und Eigentumsordnung. Sie ist ein ganz übles Werk von Ungerechtigkeiten, Privilegien und Missständen, die alles in den Schatten stellen, was von links-extremen Systemveränderern je produziert worden ist»), könnte auch aus den Texten zu den elf Gewerbereferenden seit 1970 und den ungezählten Kampagnen gegen Volksinitiativen in derselben Zeitspanne (Atomabstimmungen, Reichumssteuer, Bankeninitiative usw.) abgeschrieben worden sein. Der Ton bleibt derselbe, möglicherweise nimmt er bei der Stadt-Land-Initiative nur an Virulenz zu. Zunahme auch des Selbstbewusstseins: Der Gewerbeverband (SGV) hat nämlich «fast immer recht». Wenn die Allianz SGV, Handels- und Industrieverein (HIV), Bauernverband (SBV) spielt, entspricht das Abstimmungsergebnis fast immer ihrer Parole. Otto Fischer spricht denn auch von der «Rolle der Vernunft», und der Schweizer

Bürger denke «normal» und wisse, dass es Grenzen gebe.

Von der Vernunft des Volkes

Hier beginnt bereits die Verlogenheit der bürgerlichen Ideologie: denn die Volksmeinung, das Volksbewusstsein gibt es nicht einfach. Das ist nichts Gottgegebenes, das einfach so im Schosse unserer Nation steckt, sondern immer auch Produkt der Verhältnisse... und der gemachten Meinung. Denn die Menschen sehen nicht nur die Wirklichkeit. Vielmehr hören und sehen sie deren Interpretation, deren Umdeutung, Missdeutung. Wer diese Umdeutung der Wirklichkeit bestimmt, ist an der Macht. Und das zentrale Instrument dazu ist die Ideologie.

Freiheit und Abhängigkeit

Im Zentrum bürgerlicher Ideologie steht der Freiheitsbegriff. Denn: Freiheit ist das grosse Versprechen der Französischen Revolution. Und das Versprechen ist nicht eingelöst. Typisch dafür ist die Funktion des Eigenheims. Rudolf Rohr, Direktor des rechtsbürgerlichen Redressement National, versprach schon vor Jahren das Eigenheim für alle. Den Traum der Freiheit, selber ein Haus besitzen zu können, hat Rohr in guter liberaler Tradition vorgegaukelt, obschon heute klar ist, dass dieser Traum nicht erfüllt werden kann und auch in dieser Form nicht erfüllt werden

soll. 600 000 zusätzliche Einfamilienhäuser (so viele errechnete Rohr) würden nämlich 36 000 ha zusätzliches Kulturland brauchen, mehr als die Hälfte der heute noch erschlossenen Bauzonenreserven.

Doch: Welche Gemeinde würde über ihre Planung solche Auswüchse noch zulassen, und vor allem: Wer kann sich ein derartiges Eigenheim bei Gestehungskosten von durchschnittlich 500 000 Franken überhaupt leisten?

Wo ist also die Freiheit der Eigentumsbildung geblieben, die sogar – im Widerspruch zur eigenen Ideologie – von den Gegnern der Stadt-Land-Initiative als Fehler angelastet wird, wie von Peter Clavadetscher: «Die Erstellung flächensparender verdichteter Bauformen wird durch die Initiative erschwert.» Und: «Das Überhandnehmen des Einfamilienhausbaus ist als Illusion zu betrachten.» Allerdings schiebt dann Clavadetscher nicht grü-

ne Argumente nach, sondern ökonomische Hahnbüchereien wie die Meinung, die Kulanz der Hypothekargläubiger nehme ab, und ausserdem seien Wertsteigerungen der Objekte nicht mehr möglich (d.h. die Spekulation müsste zum Erliegen kommen, S.W.)...

Nun: Was steht der ideologischen Spiegelfechtere von der freien Eigentumsbildung entgegen? Zuerst die Tatsache, dass trotz bürgerlicher Regierungsmacht seit 1948 die Eigentumsquote nicht etwa zu-, sondern abgenommen hat. Mehr noch: die Schweiz hat mit rund 30 Prozent den geringsten Anteil an privaten, d.h. von den Besitzern bewohnten Wohnungen am Gesamtbestand aufzuweisen, wenn man mit den anderen Ländern Europas vergleicht. Das ist ein Schlag ins Gesicht der genannten Sozialistenfresser: Bulgarien und Jugoslawien führen die europäische Liste an mit je über 70 Prozent von Eigentümern be-

wohnten Wohnungen, gefolgt von weiteren heute sozialdemokratisch regierten Ländern wie Spanien (69 Prozent), Finnland (65 Prozent), dann folgen die nordamerikanischen Staaten (die USA, Kanada: 62 bis 64 Prozent). Weiter geht es mit den südeuropäischen Ländern: (über 50 Prozent), aber auch Tschechoslowakei, Frankreich, Dänemark, DDR (!) und Schweden mit über 40 Prozent. Diese Verhältnisse in der Schweiz können mit dem «Sündenfall» (Clavadetscher), nämlich dem Verfassungsartikel zur Raumplanung von 1969 mit seinen Konsequenzen für die Planung und durch «andere Beeinträchtigungen der Eigentumsrechte und -freiheiten», nichts zu tun haben, denn die Konzentrationsprozesse des Eigentums liefen schon vorher ab und dauern heute auf ganz anderem Niveau an.

Heute sind es die Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen, das anonyme Ka-



pital, die den Boden- und Wohnungsmarkt bestimmen. Über 70 Prozent der neuen Wohnungen werden durch diese Institutionen heute erstellt. Auf dem Boden- und Liegenschaftenmarkt fällt daneben für die gewöhnlichen Menschen wenig ab.

Wesentlich mitgetragen wurde bisher dieser Prozess von der Bauwirtschaft (der Baumeisterverband ist ein wichtiges Mitglied des SGV!) und vom Versicherungs- und Finanzkapital, mithin alles Träger und Mitfinanzierer der Tätigkeit der wirtschaftlichen Spitzenverbände (vgl. Kasten).

Marktwirtschaft und Privilegienordnung

Marktwirtschaft heisst das Zauberwort, Privilegienordnung die Realität. Otto Fischers Kritik an der Stadt-Land-Initiative (vgl. Zitat oben) müsste demnach genau vom Kopf wieder auf die Füsse gestellt werden. Die bestehende Eigentumsordnung krepelt die letzten Überreste liberaler Prinzipien um, sie ist ein übles Werk von Ungerechtigkeiten, Privilegierungen und Missständen. Denn sie zementiert Eigentumskonzentrationen und verunmöglicht Eigentumsbildung. Natürliche Personen sind auf dem Liegenschaftenmarkt heute praktisch ausgeschlossen. Anonyme Immobilienfirmen und institutionelle Anleger treten mit mehr Kapital an und rechnen allzuoft mit minimalen Renditen. Das zumindest für den Anfang. In den Städten ist es heute gang und gäbe, dass Mehrfamilienhäuser (z.B. quartiergemässer Verkehrswert von 800 000 Franken für ein 4-Familienhaus in Bern) von Kapitalgesellschaften für 1,2 Millionen Franken aufgekauft werden. Das Hinaufjagen von Boden- und Mietzinsen ist so vorpro-

grammiert. Oder: Ist es etwa Gerechtigkeit, wenn selbstbewirtschaftende Bauern oder Pächter die Chance zum Erwerb nicht mehr haben, weil Baufirmen (zur Kapitalanlage, für Bau-Erwartungsland) und andere Nichtbauern ohne weiteres das 30fache des landwirtschaftlichen Ertragswertes bieten können? Und ist es etwa nicht eine Privilegienordnung, wenn sich nur noch einige wenige überhaupt Boden erwerben können, sei dies zum Erstellen der Villa, sei dies für Renditeobjekte?

Genau was die Gegner der Stadt-Land-Initiative anlasten, sind in der Realität die heutigen Zustände. Typisch dazu die Anfang September gegen die Stadt-Land-Initiative lancierte Inseratenkampagne, wo «im Namen des Volkes» vorgejammert wird, dass Mieter nur noch teure Wohnungen würden mieten können (wie heute), bei Handänderungen die Kündigung erhielten (wie heute) und nur noch bei der Verfügung über die «nötigen Moneuten» (Otto Fischer) eine Wohnung erwerben könnten (wie heute!). Fadenscheiniger könnte das bürgerliche Ablenkungsmanöver wohl kaum sein!

Im Namen der Kleinen

Vollends zur Lügenhaftigkeit gerät die rechtsbürgerliche Ideologie, wenn im Namen der Mieter, der kleinen Bauern, der kleinen Gewerbler gegen die Stadt-Land-Initiative angetreten wird. Dieselben Hauseigentümer- und Gewerbeverbände, die am Tag nach der Annahme des Gegenvorschlags zur Mieterinitiative (Dezember 1986) durch das Volk bereits den Angriff auf die hängige neue Gesetzgebung lauthals in Aussicht stellten, dieselben Kreise, die die Preisüberwachungsinitiative durch Herausnahme der Kontrolle über die Hypothe-

karzinose verwässerten, dieselben, die mit verschränkten Armen dem Bauernsterben, dem Lädelisterberben zusehen, haben nun plötzlich grosse Sorgen um die in ihren Bedürfnissen vernachlässigten Kreise.

Es ist eine Tatsache, dass die Verbände die Konzentrations- und Anonymisierungsstrategien der schweizerischen Wirtschaft mitgetragen haben. Das gilt für die Gewerbe- und Industrieorganisationen ebenso, wie es für den Schweizerischen Bauernverband (SBV) gilt.

Wenn in der Agrarpolitik zwar verschiedene Exponenten unter Druck der öffentlichen Meinung und der Kleinbauernlobby etwas zurückhaltender geworden sind und sogar ein Hauptexponent der Gesundheitskrumpfung, Hans Popp, Vizedirektor des Bundesamtes für Landwirtschaft (er optierte bis Anfang der 80er Jahre öffentlich, z.B. an der ETH Zürich, für weitere Strukturbereinigung!), etwas zurückgesteckt hat, hat dennoch eine wesentliche Änderung der Agrar- und der bäuerlichen Einkommenspolitik nicht stattgefunden. Die wirtschaftlichen Sachzwänge bleiben für bäuerliche Landwirtschaftsbetriebe bestehen.

Dementsprechend ist seit dem Krieg der Bestand an Bauernbetrieben um 50 Prozent zurückgegangen, und auch heute verlieren wir noch täglich 1 bis 2 Bauernbetriebe, genauso wie jährlich noch 3500 ha Kulturland überbaut werden (= 230 durchschnittliche Bauernbetriebe), genauso wie die Löhne der grossen Talbauern und der kleinen Bergbauern immer weiter auseinanderklaffen.

Immer mehr Grossbetriebe

Doch der Präsident des Zentralverbandes der Milchverbände, Nationalrat Rudolf Reichling (Obstbauer, Bührle-Verwaltungsrat und Vorstands-

Die Lobby gegen die Stadt-Land-Initiative

Schweizerischer Gewerbeverband: Dachorganisation des Gewerbes mit über 100 000 Mitgliedern. Gegründet 1879. Dem Verband gehört als wichtiger Unterverband z. B. der Baumeisterverband an. Der GV verfügt über ein gut ausgebautes Sekretariat (Lohnsumme jährlich über 1 Million Franken). Gute Vertretungen in den meisten Expertenkommissionen und direkt im Parlament.

Schweizerischer Baumeisterverband: Dachorganisation des Baugewerbes mit Branchenunterverbänden und Arbeitgeberfunktionen. Gegründet 1897. Über 100 Funktionäre, Jahresbudget über 25 Millionen Franken.

Hauseigentümerverband: Interessenorganisation der Hauseigentümer; Monopolanspruch. Politisch allerdings sehr einseitig ausgerichtet.

Eigene Kampagne gegen Stadt-Land-Initiative im Rahmen von schätzungsweise 250 000 Franken.

Redressement National: Rechtsbürgerliche Interessenorganisation mit deutlichen Querverbindungen in die Wirtschaft. Über 1600 Mitglieder. Personalbudget jährlich rund 500 000 Franken. Mit dabei sind z. B. Christoph Blocher (NR, SVP), Otto Fischer (alt Direktor Gewerbeverband), Hans Georg Lüchinger (NR, FDP).

Schweizerischer Bauernverband: Dachorganisation der bäuerlichen Interessenorganisationen (88 Sektionen). Gegründet 1897. Individuelle Mitgliedschaft der Bauern erfolgt über ihre Berufsorganisationen bzw. Vereinigungen. Direkte Einsitznahme in die meisten Expertenkommissionen und über viele Parlamentarier in die eidgenössischen Räte.

mitglied des Bauernverbandes), liess es sich kürzlich an einer öffentlichen Veranstaltung zur Stadt-Land-Initiative (26. August in Bassersdorf/ZH) nicht nehmen, als Mittel für einen besseren Bodenmarkt innerhalb der Landwirtschaft die Aufgabe von 10 000 «nicht mehr existenzfähigen» Bauernbetrieben zu postulieren.

Ähnlich sieht es bei der Klientel der Industrie- und Gewerbeverbände aus. Auch hier finden Konzentrationsprozesse und «Gesundshrumpfungen» statt. In den Verbänden haben eben die Grossen das Sagen. Bekannt sind die Strukturwandlungsprozesse im Detailhandel, der Nahrungsmittelindustrie und im Baugewerbe, aber auch in anderen Branchen. Im Detailhandel ist die Anzahl Be-

triebe seit 1955 von 62 835 auf 53 465 (1985) zurückgegangen, davon die Lebensmittel-Detailgeschäfte von über 20 000 auf knapp 10 000 Läden, während der Grosshandel in derselben Zeitspanne von 10 584 auf 15 019 Betriebe angewachsen ist. Noch drastischer sieht der Sektor der Nahrungsmittelindustrie aus: Hier hatten wir 1955 noch 18 646 Betriebe, heute sind es noch 3085. Miteinander geht die Vergrösserung des Durchschnittsbetriebes bzw. die Konzentration der Produktion in wenigen Grossbetrieben. Die Tendenz lässt sich aus Vergleichen der durchschnittlichen Angestelltenzahl pro Betrieb zwischen 1955 und 1985 ablesen. Beim Grosshandel steigt dieser Wert von 5,9 auf 9,5, beim Detailhandel von 2,5

auf 4,9, im Baugewerbe von 6,2 auf 11,3 und im Nahrungsmittelsektor von 5,1 auf 17,4 an.

Die Grossen geben den Ton an, sei es bei den Bauern, den Gewerblern, den Industriellen, den Hauseigentümern, den Bauwirtschaftlern.

Im Schweizerischen Bauernverband beispielsweise haben gewöhnliche Bauern schon fast nichts mehr zu sagen. Der Verband, in seinem Vorstand und der Delegiertenversammlung, durch die Unterverbände, die landwirtschaftlichen Wirtschaftsverbände, die Kantonalverbände zusammengesetzt, bindet fast alle Bauern ein, direkte Bauernvertreter sind jedoch nicht häufig anzutreffen. Die Kleinbauernvereinigung (VKMB) hat als Mitglied des SBV (in ihr sind immerhin rund 15 Prozent der Bauern organisiert) im grossen Vorstand nur gerade 1 von 160 Sitzen inne. Das ist im Vergleich zu den Vertretern der Futtermittelbranche, der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände mit je rund 50 Delegierten herzlich wenig.

Typisch für den Bauernverband ist auch die enge Verflechtung mit Wirtschaftsinteressen und mit der Import-Export-Industrie. Der SBV erhält pro importierten Doppelzentner Futtermittel von den Importeuren 6 Rappen direkt in die Verbandskasse, was einen stolzen Zustupf von jährlich 500 000 Franken bedeutet. (Der SBV kennt also Direktzahlungen schon lange!)

Ähnlich sieht es im *Handels- und Industrieverein* (Vorort) aus: Hier haben die grossen Konzerne das Sagen. In Vorstand und Leitung sitzen fast ausschliesslich Vertreter der Maschinen- und Chemiekonzerne. Aber auch der sich kleingewerblich gebende *Gewerbeverband* (SGV) strotzt in seinen leitenden Stellen nur so von Vertretern grosser Betriebe.

Nach Auskunft des Gewerbeverbandes sind fast alle 297 Schweizer Firmen mit über 500 Arbeitnehmern Mitglied. Der SGV-Präsident, Ständerat Markus Kündig, ist Druckereibesitzer, steht neun Verwaltungsräten als Präsident vor und hat zusätzlich 14 Verwaltungsratsmandate inne. Oder Vorstandsmitglied Erwin Grimm, Präsident des mächtigen Baumeisterverbandes, sitzt gleichzeitig im Management der Zürcher Spaltenstein-Gruppe mit über 1000 Beschäftigten!

Bauern als Zünglein an der Waage

Die Bauern waren in der Geschichte des liberalen Staates immer im Clinch. Der Aufschwung der Industrie geht mit dem Niedergang der Landwirtschaft Hand in Hand. Ideologisch und politisch galt es, eine ausgewogene Macht- und Bündnispolitik zu betreiben. Nachdem Ende des letzten Jahrhunderts, im Zuge der Krise von 1871, die Bauernschaft liberalen Tendenzen (v.a. der Import-Export-Politik, vgl. oben 6 Rappen) mit grosser Skepsis gegenüberstand und sogar in lokalen Arbeiter- und Bauernvereinen gegen die liberalen Vereine polemisierte, kam der Einzug ins bürgerliche Lager spätestens Ende des 2. Weltkrieges. Der Bauernführer Ernst Laur betonte – bei aller Kritik an Auswüchsen allzu marktwirtschaftlicher Tendenzen – immer wieder den Vorzug des Mitmachens der Bauernschaft im bürgerlichen Lager. Für gutes Verhalten der Bauern fielen vom Tisch des Kapitals immer wieder ein paar Brosamen ab!

Deutlich manifest wurde die bäuerliche Bündnispolitik im Landesstreik von 1918, als Bauernregimenter gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt wurden. Immer wieder ist je-

doch die eigentliche bäuerliche Interessenlage mit derjenigen des Kapitals ins Gehege gekommen. Nur allzu deutlich wird dies in der Bodenfrage. Es ist bezeichnend, dass gerade Gewerbeverband und Vorort, die FDP und auch gewerbliche SVP-Organisationen und -Exponenten die schärfsten Gegner des Entwurfs zum bäuerlichen Bodenrecht sind.

Wirtschaftsfeindliche Kräfte

Die Vernehmlassungsantworten dieser Organisationen sind Frontalangriffe gegen die vom Bauernverband geforderte Bewilligungspflicht zum Kauf landwirtschaftlichen Bodens und gegen die Preiskontrolle. Trotzdem wird die ideologische Bündnispolitik zwischen grossbäuerlichem und industriell-gewerblichem Bürgertum höher gewertet als die reale Interessenlage der Betroffenen. Nur allzu typisch der Ausruf von Rudolf Reichling, die Bauern hätten sich zu überlegen, ob sie mit der Stadt-Land-Initiative «mit wirtschaftsfeindlichen Kräften politisieren» wollten. Der Opfergang der bäuerlichen Interessenpolitik in der Sache des bäuerlichen Bodenrechts ist damit schon jetzt klar.

Vom Schein des Parlaments und der Volksabstimmung

Gewerbebandsdirektor Clavadetscher machte in einem «Tages-Anzeiger-Magazin» klar, was wir bereits seit den Büchern von Hans Tschäni («Wer regiert die Schweiz») und politologischen Untersuchungen (H. P. Kriesi u. a.) wissen: «In Sachfragen übernehmen die Verbände die Rolle der Parteien.» Oder übersetzt: Die Verbandspolitik ist heute so gut organisiert, dass die Parlamentspolitik in wichtigen Fragen zum reinen Parteientheater

degradiert wird. Denn, so zeigen Tschäni und andere, die Weichenstellungen finden in der heutigen schweizerischen Politik in der vorparlamentarischen Phase statt, in den Expertenkommissionen oder direkt durch Lobbying der Verbände (Bauverbandspräsident Grimm: «Uns stehen die Türen immer offen»...).

H. P. Kriesi wies nach, dass immer wieder dieselben Interessenvertreter und Experten die politische Macht ausüben. Er bezeichnet eine politische Elite von 1224 Personen, in deren innerem Kreis 298 Personen massgeblich von den Wirtschaftsverbänden, dem Bundesrat und der Verwaltung dominiert werden. Vertreter der Spitzenverbände (Vorort/Gewerbeverband/Bauernverband) sitzen in fast allen Expertenkommissionen. 1985 waren in ausserparlamentarischen Kommissionen 150 Personen aus dem Umkreis des Gewerbeverbandes vertreten, jeder dritte dieser Sitze wurde von der Zentrale (Direktor und 7 Sekretäre) gleich selbst besetzt. Im Bereich der Landwirtschafts- und Nahrungsmittelpolitik weisen Müdespacher und Halbherr ähnliches nach. Die Stellung von Bauernverband, Vorort und Gewerbeverband in entscheidenden Fragen (Marktpolitik, Importpolitik usw.) ist demzufolge auch dominant. In der Agrarpolitik kommen nur noch die Grossverteiler einigermaßen zum Zuge, Konsumenten, Kleinbauern, Basisvertretungen haben in der organisierten Interessenpolitik der Verbände wenig Chancen.

Aber auch ins Parlament hinein funktioniert die Verbandspolitik. Mit bürgerlichen Mehrheiten lassen sich ohnehin Entscheide durchsetzen. Die Verbandspolitik ist jedoch noch besser, noch sicherer organisiert. Die Opinionleaders im

Parlament setzen sich in Bauern-, Gewerbe- und Verbandsklubs zusammen und bearbeiten in konzertierten Aktionen ihre Fraktionen. Zur Landwirtschaftslobby (über 100 Parlamentarier) gehören die Nationalräte Reichling (SVP, Präsident Milchverband), Blocher (SVP, Düngerindustrie), Berger (SVP, Grossbauer VD), Nebiker (SVP, Futtermittelhandel), Thévoz (LDP) und Ständerat Reymond (LDP), alles gutbetuchte Lobbyisten, während die eigentlichen Bauern (Hari, Bühler usw.) wenig zu sagen haben. Für das Gewerbe ziehen die bürgerlichen Nationalräte Aliesch (FDP), Cincera (FDP), Graf (SVP), Dietrich (SVP), Loeb (FDP) usw. sowie die Ständeräte Kündig (CVP, Gewerbeverband) und Schmid (CVP) am gleichen Strick, alles Mitfunktionäre, Vorstandsmitglieder usw. von Gewerbeorganisationen.

Ähnlich sieht es für die Industrie im Parlament aus. Verwaltungsrat-National- und -Ständeräte vertreten die Firmen ASEA-BBC, Jacobs-Suchard (Eisenring), Motor-Columbus, Ems (Blocher), Sulzer, Bankgesellschaft, Winterthur-Versicherungen (Spälti), Georg Fischer (Bremi) usw., während Direktoren von Firmen ebenfalls im Parlament sitzen: Auer für Ciba-Geigy, Schüle für Georg Fischer, U. Fischer für Motor-Columbus usw. Blocher gehört zur SVP, Eisenring zur CVP, die übrigen zur FDP.

Diese Interessenvertretung, diese bestens organisierte Interessenpolitik wird durch Volk und Stände legitimiert, und sie legitimiert sich selbst. Peter Clavadetscher dazu: «Jeder hat doch Anspruch darauf, seine Interessen zu formulieren. Es gibt nichts Ehrlicheres als den Interessenvertreter im Parlament!»

Kurz: Wie die schweizerische Politik zu verlaufen hat, be-

stimmen einige wenige, die die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Parlament und Volk werden dazu degradiert, diese Interessenpolitik noch «wahrzunehmen», d.h. vor allem: sie so zu akzeptieren. Abstimmungen haben aus dieser Perspektive für das Bürgertum nur noch die Funktion, den Schein zu wahren und die Auseinandersetzung so darzustellen, als ob nicht von vornherein alles klar wäre. Dass dabei «im Namen der Vernunft» wieder einmal losgepoltert werden kann, gegen «Systemveränderer» und «vaterlandslose Gesellen», ist für die Verbandslobbyisten eine gute Gelegenheit zur Selbstdarstellung.

Ideologie und Geld

Ideologie, richtig angebracht, hat ihren Preis. Das wissen die Verbände und lassen sich ihre Tätigkeit, gerade auch Abstimmungen, etwas kosten. Die Verbände haben ausgebaute Sekretariate, sie haben Budgets. Alle dem Schweizerischen Gewerbeverband angeschlossenen Organisationen verfügen zusammen über ein Budget von über 1 Milliarde Franken pro Jahr. Das Verbandssekretariat selbst verfügt über einen Stab von einem Direktor und 7 Sekretären mit einer gesamten Lohnsumme von 1 Million Franken. Allein der Baumeisterverband beschäftigt über 100 Angestellte und setzt jährlich 25 Millionen Franken um. Ähnliche Verhältnisse finden wir beim Vorort der Industrie mit einem gut besetzten Sekretariat. Etwas bescheidener sieht es beim Bauernverband aus.

An finanziellen Mitteln gegen die Stadt-Land-Initiative wird es also nicht fehlen. Bereits die erste Inseratenserie von Anfang September (¼seitige Inserate in den Tageszeitungen und

den Amtsanzeigern in der ganzen Schweiz) muss die stolze Summe von 150 000 bis 200 000 Franken gekostet haben. Im Pool der Dachverbände dürften sich rund 8 Millionen Franken Werbemittel gegen die Initiative finden; allein der Baumeisterverband hat ein jährliches Werbebudget von 1,2 Millionen Franken. Hinzu kommen im selben Ausmass Fonds und Budgets von Gewerbeverband («Schutzfonds» jährlich 250 000 Franken), Vorort, Hauseigentümergebiet, Bauernverband, Redressement National usw., usw. Rechnet man zu diesen Geldern jene obskurer Klubs (Wer versteckt sich z.B. hinter den jetzt erscheinenden Inseraten mit der Unterschrift «Aktionskomitee gegen eine zerstörerische Wohnungspolitik?»), jene der Regionalverbände (z.B. Inserate des bernischen Hauseigentümergebietes, 2. Septemberwoche), kommen ohne weiteres nochmals 7 Millionen Franken dazu.

Fazit: Der Stadt-Land-Initiative steht ein Werbebudget von 15 Millionen Franken aus den erwähnten Verbänden und ihrer Untergruppierungen entgegen. Das wird das 20fache dessen sein, was den Initianten zur Verfügung steht, wenn man die zentralen Ausgaben (400 000 Franken) und die geschätzten indirekten Ausgaben (regionale Aktivitäten, Aktionen einzelner Organisationen) zusammenzählt.

Kurz: Die schweizerische Demokratie steht einmal mehr vor einer Belastungsprobe. Dies nicht etwa, weil die Stadt-Land-Initiative zur Diskussion steht, sondern weil gerade diese wichtige Diskussion einer der wesentlichen Fragen unserer Zeit in einer ideologischen und interessepolitisch abgestützten Maschinerie des organisierten Kapitals unterzugehen droht.